

Fraktion DIE LINKE / GAL

Rede zum Entwurf des Haushalts 2015

Der Kämmerer, Herr Mösgen, hat in diesem Jahr bei der Einbringung des Haushalts Oskar Lafontaine mit den Worten zitiert: Wenn wir kein Geld haben, brauchen wir wenigstens gute Ideen.

Damit hat Lafontaine, der ehemalige SPD-Vorsitzende, der sich später zum Vorsitzenden der Linke weiterentwickelt hat, natürlich Recht. Doch während der Kämmerer ergänzte: „Wir haben noch Geld.“ – sehen wir vor allem Schulden!

Und gute Ideen? – Wir sehen wenig gute Ideen für ein lebenswertes Kamen und schon gar keine gute Ideen zur Beschaffung von Geld.

Es sind die KommunalpolitikerInnen der gleichen Parteien, deren BundespolitikerInnen vielen Städten in den letzten Jahren – man muss schon Jahrzehnten sagen – die Luft zum Atmen genommen haben. Sieht man sich die Etats der Gemeinden und Städte im Kreis Unna (oder in ähnlich schwach strukturierten Kreisen) an, stellt man fest, dass die Ausgaben für das Sozialsystem die Haushalte auffressen.

Was macht die Haushalte kaputt?

Allgemein sind es:

- die Abschaffung der Vermögenssteuer (die SPD hat die Wiedereinführung in der GroKo nicht durchgesetzt, wollte sie überhaupt?)
- die Senkung des Spitzensteuersatzes
- Steuerschlupflöcher für Unternehmen – vor allem innerhalb der EU – werden nicht geschlossen. Große Unternehmen zahlen in Deutschland keine Steuern auf ihre Gewinne, sondern lieber in den Billigsteuermärkten wie Luxemburg oder Irland – oder verrechnen sie mit Briefkastenfirmen auf den Kanalinseln.
- Die „Schwarze Null“ des Bundeshaushaltes ist erreicht, sodass für die Städte keine Entlastungen zu erwarten sind.
- Rund 600.000 Euro zahlt die Stadt selbst für die Unterbringer der Asylbewerber.

- Es werden den Kommunen immer mehr Aufgaben zugeordnet, die diese dann selbst erledigen und finanzieren müssen. Die Inklusion gehört ab diesem Jahr endgültig dazu.

Und speziell für Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit – also auch für Kamen im strukturschwachen Kreis Unna – hat die Schaffung eines gigantischen Niedriglohnssektors durch die Hartz-Gesetze dazu geführt,

- dass immer weniger Geld in die Sozialkassen fließt,
- dass die Kosten für Wohngeld und andere Transferleistungen explodiert sind und
- dass Städte und Kreise rund um das Ruhrgebiet in die Schuldenfalle geraten.

Natürlich war die Einführung des (leider nicht ganz) flächendeckenden Mindestlohns ein Schritt in die richtige Richtung. Doch die Zahl der Aufstocker wird sich, so die Prognosen der heimischen Arge nur wenig verringern, denn mit Teilzeitjobs kann man kaum über ALG II-Satz verdienen.

Trotz dieser schlechten Voraussetzungen speziell für Kamen lassen sich im Haushalt positive Dinge finden:

In den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur werden die Einrichtungen gehalten, bei den Schulen nichts gestrichen (leider auch manche Klassenräume nicht...). Wir haben im JHA für den Teilhaushalt Jugend gestimmt – auch weil die Arbeit in den städtischen Jugendzentren vorbildlich ist, die Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche kreativ sind und gut angenommen werden und die Stadt ihren Pflichten bei der Kinder- und Familienbetreuung mit Engagement nachkommt. Mehr als 14 Millionen Euro aus eignen Haushaltsmitteln lassen wir uns den Bereich „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ kosten.

Doch es gibt viele fehlerhafte Entwicklungen im Kamener Haushalt!

Völlig danebengegangen sind die „Sparmaßnahmen“ bei der VHS. Die Verdopplung der Kursgebühren seit 2009 hat nicht nur zu enormen Teilnehmerverlusten geführt, sondern auch dazu, dass so viele Kurse wie nie gestrichen werden mussten und dort gar keine Einnahmen erzielt werden konnten. Dazu kommen die Auswirkungen der Einstellung des flächendeckenden Verteilens der Programme.

Die Folge: Die Kosten für die VHS steigen weiter! Wann geben SPD und CDU hier endlich mal zu, einen falschen Weg eingeschlagen zu haben?

Im Bereich Kultur bleibt der Status Quo erhalten – mehr aber auch nicht. Ideen Anderer (zum Beispiel des Kulturvereins) werden nicht aufgegriffen. Zu teuer!

So bleibt das germanische Dorf in Westick im Acker – und somit nicht nur die Archäologie im Boden. Mit Impulsen der Stadt könnte wäre die Gründung einer Bürgerstiftung denkbar. Damit könnten nicht nur Sponsorengelder fließen, sondern Menschen könnten freiwillig ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Am germanischen Langhaus wäre ein germanisches Fest denkbar...

Ein Sorgenkind bleibt die Stadthalle. Obwohl „Einsparungen“ (ich habe das in meiner Rede in Anführungsstriche gesetzt, denn durch die Umstrukturierung verschwinden Zuschüsse in anderen Bereichen des Haushalts, denn die Arbeit muss ja auch gemacht werden) von über 140.000 Euro erreicht werden, bleibt der Zuschussbedarf bei fast einer halben Millionen; nur 300.000 waren im Haushalt 2014 eingestellt. Somit bleibt die Frage, ob der Haushalt 2015, in dem wieder 300.000 Euro eingestellt sind, nicht schon hier ein vorhersehbares Defizit ausweist.

In anderen Bereichen ist die zentrale Versorgungseinrichtungen weggegeben oder zurückgefahren worden: die Sparkasse ist jetzt kleinerer Partner von Unna, das Krankenhaus von Dortmund – und nach der Schließung der Heerener Freibads droht nach der Studie der GSW neues Ungemach. Ist der Investitionsstau der Bäder dermaßen hoch? Oder sucht das Unternehmen einen Grund, sich seiner defizitären Einrichtungen zu entledigen?

Noch einmal zu den guten Ideen: an zwei wesentlichen Schrauben können die Kommunen noch drehen. Grundsteuer und Gewerbesteuer. Die „gute“ Idee in Kamen: man erhöht die Grundsteuer (und belastet damit alle BürgerInnen). Auf diese „gute“ Idee sind alle Städte, Gemeinde oder Sparkommissare von Bezirksregierungen dort gekommen, wo es strukturell schlecht geht und wo andere Sparmaßnahmen nicht genug bringen.

Die Folge für die EinwohnerInnen: mehr Geld zahlen für weniger Leistung!

Aber mit der Erhöhung der Gewerbesteuern könnte man das ach so empfindliche Kapital verschrecken.

2018 – das ist im Haushalt und im Haushaltssicherungskonzept schon festgeschrieben – soll die Grundsteuer B von 580 auf 690 Prozentpunkte weiter erhöht werden.

Daran wird man dann immer mehr die Städte und Gemeinde erkennen können, denen es finanziell schlecht geht: am hohen Grundsteuersatz.

Weitere Ideen vermissen wir bei der Wirtschaftsförderung. Gibt es diese – mal abgesehen vom Technopark – in Kamen überhaupt?

Vor allem Logistik-Betriebe werden angesiedelt. Das heißt:

- großer Flächenverbrauch
- größtenteils schlecht bezahlte Arbeitsplätze und
- nichts wird produziert.

In das ehemalige Hertie-Haus kommt zwar neues Leben. Schön! Aber das wird weitere Leerstände an anderer Stelle reißen und die Nahversorgung in Wohnquartieren gefährden.

Auch von der EU und der Bundesregierung droht neues Ungemach. Mit den zurzeit in geheimen Gesprächen zwischen der EU und den USA verhandelten internationalen Handelsabkommen TTIP und TISA droht den öffentlichen und vor allem den kommunalen Betrieben internationale Konkurrenz. In einem gemeinsamen Papier haben der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen Position gegen wesentliche Bestandteile dieser Abkommen bezogen.

Vor allem die weiterhin bestehende kommunale Organisationsfreiheit bei der öffentlichen Daseinsvorsorge wird gefordert. Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen, so haben inzwischen auch andere Städte erkannt, sind durch diese Abkommen in ihrem Bestand gefährdet. Resolutionen haben unter anderem die Räte in Solingen, Aachen, Hagen, Herne, Essen, Krefeld, Eschweiler und Erkrath beschlossen. Vielleicht wird sich der Kamener Rat auf unsere Initiative hin demnächst anschließen.

Übrigens: Nach TTIP oder CETA sollen internationale Konzerne ein Sonderklagerecht gegen demokratisch beschlossene Gesetze – zum Beispiel im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes – bekommen. Diese Klagen sollen von privaten – in keiner Weise demokratisch legitimierten – Schiedsgerichten verhandelt werden. Während Vize-Kanzler Gabriel sich zunächst dagegen ausgesprochen hatte, war jetzt zu

lesen, dass man das, wenn es die anderen EU-Staaten wollten, auch in Deutschland akzeptieren müsse.

Es sei auch diesmal nicht verschwiegen, dass sich die Stadt eine gute sechsstellige Summe durch den Verzicht auf eine kommunale Parkraumbewirtschaftung entgehen lässt – was schon mit Sicht

- auf das Hellweg-Klinikum, das als Unternehmen, an dem die Stadt beteiligt ist, Parkgebühren nimmt,
- auf die marode Parkanlage am Koepeplatz
- auf die kostenlosen Innenparkplätze in der Tiefgarage oder
- auf die umweltschädigen Meter, die Autofahrer auf der Suche nach kostenlosen Plätzen durch die Stadt fahren lässt

immer unverständlicher wird.

Genug Gründe sind aufgeführt, weshalb wir den vorgelegten Entwurf des Haushalts für 2015 ablehnen.

Es ist für mich unglaublich, wie kurz das Gedächtnis der Menschen ist. Mit dem Zusammenbruch der Kapitalmärkte, verursacht durch die Auswüchse der neoliberalen Wirtschaftspolitik, hielt ich diesen Politikansatz auf Dauer für diskreditiert.

Doch die Rede ist weiter von „Lohnverzicht“, „Abbau von Standards“ und „Sparen bei der öffentlichen Hand“ (was in Wirklichkeit Kürzen in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung oder Jugend bedeutet).

Wann geht es endlich an die Abschaffung von Privilegien der Reichen und Millionenverdiener? Wir – auch wir in Kamen – brauchen deren Geld, damit wir Menschen auch an der Seseke gut leben können.

Es gilt das gesprochene Wort.

Klaus Dieter Grosch

(Fraktionsvorsitzender)